

## Sozialdemokratische Parteiwirmis.

**Landtagsabg. Ströbel gegen den Reichstagsabg. Lensch.** Der sozialdemokratische Reichstagsabg. Dr. Lensch hat, wie wir unter der Ueberschrift „Annexionspolitik mit doppeltem Boden“ gemeldet haben, vor kurzem geschrieben:

Einer der unentwegtesten „Vorwärts“-Redakteure, der zugleich im preussischen Landtag das arbeitende Volk vertritt, hatte (im Wahlverein Teltow-Charlottenburg) soeben die übliche flammensprühende Entrüstungsrede über die deutschen Annexionsgelüste gehalten und sich dabei auf die auch von Haase herangezogene Petition der Großagrarien und Großindustriellen bezogen, als ihm in der Diskussion die verfängliche Frage vorgelegt wurde, ob es denn ein leeres Gerede sei, daß er sich mit einem ausführlichen Schriftstück an die Zeitung der deutschen Sozialdemokratie gewandt habe, des Inhalts, der deutsche sozialdemokratische Parteivorstand möge bei der deutschen Regierung und der österreichischen Parteivorstand bei der österreichischen Regierung dahin verstellig werden, die Annexionsgelüste der italienischen Regierung möglichst schnell und möglichst gründlich zu befriedigen.

Dieser Vorwurf richtete sich gegen den Vorwärts-Redakteur Ströbel, der Berlin IX im Abgeordnetenhaus vertritt. Abg. Ströbel rächt sich heute im Vorwärts durch einen Artikel „auch ein Prinzipienreiter“, worin er sagt, daß „unter den paar Ueberläufern der Linken der Partei, die während des Krieges zur äußersten Rechten der Partei abgescwenkt sind und dort mit dem Eifer Neubekehrter nationalsoziale, imperialistische Ideen predigen,“ Paul Lensch, der ehemalige Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“, „eine besondere Nummer“ ist. Nur eins sei ihm geblieben: „jener burschillos kraftmeiernde Stil, der ihm einst den Ruf eines Großmeisters des ‚Sauerdentons‘ eingetragen.“ Ströbel erwartet aber, daß die Theorie von Lensch, die eine schlechte Kopie der Schriften von Raumann und Rohrbach sei, den Krieg kaum länger überdauern werde, „als Lenschs alte Ueberzeugung den Kriegsausbruch überdauert hat“:

„Gehörte doch Lensch nicht nur zu denen, die Anfang August gegen die Bewilligung der Kriegskredite angeknüpft hatten, sondern war er doch sogar einen halben Tag lang bereit, eine scharfe Protesterklärung gegen die Fraktionshaltung zu unterschreiben, die darauf hinauslief, daß er nur deshalb nicht aus der Partei austrete, weil er mit Sicherheit darauf rechne, daß die Partei selbst die Stellungnahme der Fraktion mißbilligen und korrigieren werde.“

Im übrigen gibt Abg. Ströbel zu, daß er für die Gewährung von österreichisch-ungarischen Zugeständnissen an Italien eingetreten sei:

„Vern bekenne ich, daß ich den Parteivorstand in einem Schreiben vom 19. April gemahnt hatte, auch seinen Einfluß geltend zu machen, damit nicht eine kurzfristige Politik den Zentralmächten einen neuen Gegner schaffe. Natürlich meinte ich damit Gebietsabtretungen an Italien. Damit soll ich Italiens Annexionsgelüste gefördert, mich selbst also als Annexionspolitiker betätigt haben.“

Tatsache sei aber, sagt Abg. Ströbel, daß er „nichts anderes getan habe, als was in jener kritischen Zeit jeder vernünftige Mensch in Deutschland für notwendig hielt.“

## Von den Wählern im Stiche gelassene Abgeordnete.

Unter der Ueberschrift „Privatansicht und Parteiwille“ schreibt die sozialdemokratische Frankfurter „Volksstimme“: „Die Parteiwirmis greift auch in die Beziehungen zwischen Wählerschaft und Abgeordneten wie zwischen Lesern und Redakteuren der Parteipresse ein. Einige Fälle aus der jüngsten Zeit geben davon drastisch Kunde. Scheidemann und Bloß gehören zur Fraktionsmehrheit, aus Ueberzeugung von der Notwendigkeit dieser politischen Haltung haben sie für die Kriegskredite gestimmt. Die Parteivertretungen ihrer Wahlkreise — und zwar in Solingen der Kreisvorstand der Partei, in der Stadt Braunschweig eine Parteiversammlung — haben sich in Entschlüsse gegen Kreditbewilligungen ausgesprochen. Umgekehrt steht es in Lübeck und Rostock; deren Abgeordnete Schwarz und Herzfeld sind Gegner der Bewilligung, die Organisationsvertretung der Wahlkreise dagegen stellte sich (in Lübeck gegen eine Stimme, in Rostock einstimmig) den Bewilligern zur Seite). Man wird zugeben müssen, daß die „Respek-

tierung des Parteiwillens“ in diesen Fällen auf besondere Schwierigkeiten stößt; zumal Herzfeld, der an der Spitze des organisierten Feldzuges gegen die Reichstagsmehrheit steht, käme dabei in eine unmögliche Lage. In Hanau hat man am Sonntag neuerdings noch einen Fall ähnlicher Art zustande gebracht, der nicht nur den Abgeordneten, sondern auch das Parteiblatt des Wahlkreises betrifft. Von Hoch ist bekannt, daß er die ersten Kredite bewilligt, seitdem aber gewisse Klauseln vertreten hat, so daß er zwar prinzipiell den Bewilligern zuzurechnen ist, aber praktisch nicht gerade der berufenste Interpret des Willens der Fraktionsmehrheit sein kann. Ihm den Reichstagsabg. Rühle gegenüberstellen, heißt also einigermaßen seltsam handeln.“